

# Von der Klage zur Exekution

- **Fälligestellung**
- **Inkassobüros**
- **Exekutionstitel**
- **Zahlungsbefehl**
- **Mahnklage**

## Fälligestellung

Bevor ein Gläubiger zu Gericht gehen kann, um seine Forderung zu klagen, muss erst Terminverlust eintreten. Bei einem Kredit z. B. tritt Terminverlust dann ein, wenn die Ratenzahlung nicht wie vereinbart eingehalten wurde. Ist das der Fall, so wird der Kredit „fällig gestellt“. Der Schuldner wird aufgefordert, den gesamten offenen Betrag innerhalb einer bestimmten Frist, meist 14 Tage, zu begleichen. Dass der Gläubiger plötzlich den gesamten offenen Betrag haben will, obwohl nicht einmal die Raten bezahlt werden können, mag lächerlich wirken, doch ist dies die Voraussetzung dafür, dass der Gläubiger seine Forderung gerichtlich klagen kann.

Nach der Fälligestellung wird die Forderung vom Gläubiger meist entweder einem Inkassobüro zur Eintreibung oder einem Rechtsanwalt zur Klage übergeben. Der Gläubiger kann die Klage aber auch selbst betreiben.

In jedem Stadium, ob vor, während oder nach der Klage, kann mit dem Gläubiger, Inkassobüro oder auch Rechtsanwalt versucht werden, eine Ratenvereinbarung zu schließen. Dabei sollten jedoch nur solche Vereinbarungen geschlossen werden, die auch wirklich eingehalten werden können. Keine Ratenvereinbarungen, wenn dadurch wichtige Lebenskosten wie Miete, Strom/Gas etc. gefährdet sind! Stimmt der Gläubiger einer Ratenvereinbarung nicht zu und ist es möglich, Zahlungen zu leisten, so können diese Zahlungen natürlich auch ohne Ratenvereinbarung an den Gläubiger überwiesen werden. Kein Gläubiger wird die einmal einbezahlten Beträge wieder zurückschicken.

## Inkassobüros

Inkassobüros betreiben ausstehende Forderungen mit den unterschiedlichsten Mitteln. Einige begnügen sich damit, den Schuldner schriftlich aufzufordern, seiner Zahlungsverpflichtung nachzukommen, andere wiederum statten Hausbesuche ab oder "besuchen" den Schuldner auch an seiner Arbeitsstelle. Grundsätzlich haben Inkassanten aber keine besonderen Befugnisse.

Vorsicht ist beim Abschluss von Ratenvereinbarungen besonders anlässlich von Hausbesuchen geboten. Solche Vereinbarungen beinhalten oft sehr ungünstige und unangenehme Klauseln wie z. B. Forderungsanerkennnisse

*Fortsetzung*



oder auch Haftungsbeiträge. Für die von den Inkassobüros verrechneten Kosten wie z. B. Evidenzhaltungsgebühren oder Mahnspesen haften Sie nur dann, wenn das Inkassobüro nachweisen kann, dass die angefallenen Kosten der zweckentsprechenden Rechtsverfolgung gedient haben.

## **Exekutionstitel**

Damit der Gläubiger seine Forderung gerichtlich eintreiben und Exekution gegen den Schuldner führen kann, braucht er einen Exekutionstitel. Ein solcher Titel kann z. B. das Urteil bzw. der Vergleich eines Gerichtes, ein Bescheid einer Behörde oder auch ein vollstreckbarer Notariatsakt sein.

## **Zahlungsbefehl**

Bei der gerichtlichen Klage kommt es, abhängig von der Forderungshöhe, entweder zu einem Zahlungsbefehl oder zu einer Mahnklage. Beim Zahlungsbefehl werden sie vom Gericht aufgefordert, die vom Gläubiger genannte Forderung zu zahlen. Das Gericht prüft dabei nicht, ob die Forderung zu Recht besteht.

Besteht die Forderung nicht zu Recht, muss innerhalb von 14 Tagen ein Einspruch erhoben werden. Es ist deswegen jedem Zahlungsbefehl auch ein Formular für den Einspruch beigelegt. Ein Einspruch ist aber nur dann sinnvoll, wenn die Forderung wirklich nicht zu Recht besteht. Ansonsten verursacht der Einspruch nur unnötige Kosten, für die wiederum der Schuldner haftet. Stimmt nur die Höhe der Forderung nicht, so sollte beim Einspruch auch angegeben werden, bis zu welcher Höhe die Forderung anerkannt wird.

Wird kein Einspruch gemacht oder zu spät eingebracht, so wird der Zahlungsbefehl rechtskräftig, der Gläubiger hat nun einen Exekutionstitel, mit dem er gegen den Schuldner Exekution führen kann.

## **Mahnklage**

Bei der vom Gläubiger eingebrachten Mahnklage überprüft das Gericht wiederum nicht die Rechtmäßigkeit der Forderung, sondern informiert den Schuldner nur über die eingebrachte Mahnklage und fordert ihn als ersten Schritt zu einer Klagebeantwortung auf. Kommt der Schuldner dem Auftrag zur Klagebeantwortung nach, so wird das Gericht eine Gerichtsverhandlung ansetzen, in der der Kläger und der Beklagte ihre Sache darlegen können. Bei diesem Verfahren muss sowohl der Kläger als auch der Beklagte von einem Rechtsanwalt vertreten sein. Kann sich eine Partei keinen Rechtsanwalt leisten, so hat sie Anspruch auf Verfahrenshilfe, d.h. es wird ein Rechtsanwalt vom Gericht beigelegt. Besteht die Forderung des Klägers zu Recht, empfiehlt es sich, der Klagebeantwortung nicht nachzukommen, um zusätz-

*Fortsetzung*



liche Kosten zu vermeiden. Dadurch kommt es dann auf Antrag des Klägers zu einem Versäumnisurteil.

Wird der Klagebeantwortung nachgekommen, wird das Gericht, sofern die Klage nicht zurückgezogen wird, nach der entsprechenden Beweismwürdigung ein Urteil fällen oder die Parteien schließen einen Vergleich.

Das (Versäumnis)Urteil oder Vergleich stellt wiederum ein Exekutionstitel dar, mit dem der Gläubiger Exekution führen kann.

Quelle: <http://www.schuldnerberatung-wien.at/sb.wien/>